

Niederschrift Nr. 29

über die **öffentliche** Sitzung der Gemeindevertretung Kleve
am Donnerstag, 16. August 2012, in der Gastwirtschaft 'Dörpskrog' Schlichting

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 20:35 Uhr

Anwesend:

Herr Werner Oetjens als Vorsitzender
Herr Sönke Schallhorn
Herr Udo Schladetsch
Herr Willi Bies
Herr Marco Bies
Herr Roland Hollensen
Herr Harald Thomsen

Nicht anwesend sind:

Herr Jürgen Stegmann
Herr Michael Siegert

Von der Verwaltung:

Frau Ronja Steffen als Protokollführerin

Die Beschlussfähigkeit der Versammlung wird festgestellt. Die Einladung ist frist – und formgerecht erfolgt. Einwände werden nicht erhoben.

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Beratung und Beschlussfassung über die Resolution gegen den geplanten Bau einer 380-kV-Freileitung

TOP 1. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen durch die anwesenden Einwohner gestellt.

TOP 2. Beratung und Beschlussfassung über die Resolution gegen den geplanten Bau einer 380-kV-Freileitung

Die Mitglieder des Vereines „Westküste-trassenfrei“ Herr David Westphal sowie Herr Klaus-Jürgen Dithmer informieren über den aktuellen Sachstand zur 380-kV-Freileitung. Sie erläutern die vorliegende Resolution. Es wird eine rege Diskussion über den Trassenbau sowie den Inhalt der Resolution geführt.

Beschluss:

Nach eingehenden Beratungen beschließt die Gemeindevertretung Kleve folgende:

Resolution gegen den geplanten Bau einer 380-Kilovolt-Freileitung

Im Rahmen der Realisierung der Energiewende in Schleswig-Holstein muss das Stromleitungsnetz ertüchtigt und erweitert werden.

Hierzu soll u.a. entlang der Westküste in den Kreisen Dithmarschen und Nordfriesland von Brunsbüttel bis Niebüll eine neue 380-Kilovolt (kV)-Freileitung gebaut werden. Hiergegen wendet sich die Bürgerinitiative „Westküste-trassenfrei“ e.V..

Für den Bereich des Amtes Kirchspielslandgemeinden Eider und des Amtes Heider Umland werden vom zuständigen Netzbetreiber TenneT zurzeit drei Trassenvarianten beleuchtet.

Von der Trassenvariante 3.1 sind die Gemeinden Hemme und Karolinenkoog, von der Trassenvariante 3.2 die Gemeinden Rehm-Flehde-Bargen, Krempel, Lunden und Lehe und von der Trassenvariante 3.3 die Gemeinden Norderheistedt, Süderheistedt, Wiemerstedt, Fedderingen, Kleve, Schlichting und St. Annen betroffen.

Die Gemeinde Kleve lehnt den Bau einer 380-kV-Freileitung auf ihrem Gebiet ab. Es wird eine Erdverkabelung gefordert. Es wird der Kreis Dithmarschen und die Landesregierung gebeten, die gemeindlichen Interessen zu unterstützen, mit dem Ziel, auf den zuständigen Netzbetreiber TenneT entsprechend einzuwirken.

Die Forderung einer Erdverkabelung wird damit begründet, dass

- a) aus den bisherigen Diskussionen und Vorträgen der Mensch nicht das oberste, sondern nur eines von mehreren Schutzgütern darstellt. Diese Sichtweise muss dahingehend korrigiert werden, dass der Mensch als höchstes Schutzgut angesehen und alle anderen schützenswerten Güter nachrangig betrachtet werden.
- b) eine Gefährdung des Schutzgutes Mensch durch elektromagnetische Immissionen von Freileitungen bisher nicht gänzlich ausgeschlossen ist. Dies muss definitiv sichergestellt werden.
- c) eine weitere Beeinträchtigung des Natur- und Landschaftsbildes von der Bevölkerung nicht mitgetragen wird.
Eine ausreichende Beeinträchtigung durch Windenergieanlagen in Teilen des Amtsgebietes ist bereits jetzt gegeben bzw. die Grenzen des Erträglichen werden durch die aktuelle Fortschreibung des Regionalplanes für den Planungsraum IV erreicht.
In anderen Teilen des Amtsgebietes wurde der Ausbau mit Windenergieanlagen gerade mit dem Argument des charakteristischen Landschaftsraumes untersagt. Ein Freileitungsbau in dieser Region würde die bisherige Argumentation konterkarieren.
- d) eine nachvollziehbare Darlegung der wirtschaftlichen Notwendigkeit für den Bau einer Freileitung den örtlichen Akteuren noch nicht gegeben wurde.

Alle Betroffenen vor Ort unterstützen die notwendige und sinnvolle Energiewende und den Umstieg auf regenerative Energiegewinnung.

Hierbei ist der eingeschlagene Weg, die örtlich Betroffenen vor Beginn des förmlichen Planfeststellungsverfahrens einzubinden, sehr begrüßenswert. Eine Lösung kann und darf aber nicht gegen den Willen der Menschen vor Ort erfolgen.

Stimmenverhältnis:

Einstimmig.

(Oetjens)	(Steffen)
Vorsitzender	Protokollführerin